

„Mühlen“-Kauf abgelehnt, Bürger enttäuscht

KIRCHHEIM: Gemeinderat entscheidet sich gegen den Kauf der von der NPD begehrten Gaststätte – Heute Bürgergespräch

Das Gemeinderat Kirchheim hat am Dienstagabend beschlossen, auf das Vorkaufsrecht für die „Alte gräflich Leininger Mühle“ zu verzichten und sie nicht zu kaufen. Bei den Bürgern, die sich während der mehr als zwei Stunden dauernden Sitzung vor dem Friederich-Diffiné-Zentrum aufgehalten hatten, löste diese Entscheidung Enttäuschung und Ärger aus.

Etwa 400 Menschen – nicht nur aus Kirchheim, sondern auch aus benachbarten Gemeinden – waren laut Claudia Graszeck dem Aufruf der Bürgerinitiative gefolgt und unterstützten mit ihrer Unterschrift die Forderung, dass die Gemeinde die ehemalige Gaststätte kauft, um zu verhindern, dass die NPD dort ein Schulungs- und Jugendzentrum einrichtet. Wie mehrfach berichtet, war das Haus zunächst vom NPD-Landesverband gemietet worden, bevor der Eigentümer mit einem der NPD nahe stehenden Privatmann einen Kaufvertrag abschloss.

Ob die darin festgelegte Summe – es wird von 800.000 bis 900.000 Euro gesprochen – auch wirklich an den Eigentümer fließt, daran hegen die Ratsmitglieder berechtigte Zweifel. Nachdem ihnen Staatssekretär Roger Lewentz und der Neustadter Polizeichef Werner Reichert ihre unter anderem an Beispielen anderer Bundesländer erworbenen Erkenntnisse dargelegt hatten, war laut Bürgermeisterin Ingrid Rehg die Sache ziemlich schnell entschieden. „Es gab eine für unseren Rat ungewöhnlich einvernehmliche, aber reiflich überlegte Be-

fürwortung des Antrags, das Haus nicht zu kaufen. Dazu werden wir mit allen Konsequenzen stehen“, so Rehg. „Wir haben Verständnis für die Sorge der Bürger, aber wir lassen uns dadurch nicht entmutigen.“ Der Gemeinderat sei überzeugt, dass die NPD den Kaufpreis schuldig bleiben und auch nicht als Dauermieter in dem Gebäude bleiben wird.

VG und Kreis erleichtert

„Die Verbandsgemeinde ist stolz auf den Kirchheimer Rat, er hat Rückgrat gezeigt und der Region einen großen Dienst erwiesen“, würdigte VG-Beigeordneter Reinhold Niederhöfer den Beschluss. Auch Landrätin Sabine Röhl ist erleichtert, hatte sie doch befürchtet, die Methode der NPD könne andere Kommunen im Kreis früher oder später ebenso in Bedrängnis bringen und unter finanziellen Zugzwang setzen. „Selbst wenn die NPD als Mieter in Kirchheim und Altleiningen bleibt, werden wir mit dem Kreisbündnis gegen Rechts alles tun, damit das rechte Gedankengut sich nicht in der Region ausbreiten kann“, ist sie zuversichtlich. In diese künftigen Anstrengungen könne man auch sehr gut das Engagement der Bürger, die jetzt aktiv geworden seien, einbinden. Staatssekretär Lewentz sprach dem Gemeinderat und der Bürgermeisterin gestern ein großes Lob für die umsichtige Vorarbeit in dieser Sache aus: „Man hat sehr frühzeitig Rat beim Innenministerium, der Polizei und dem Verfassungsschutz eingeholt.“



Beunruhigte Bürger aus dem Leiningerland warten vor dem Kirchheimer Diffiné-Haus, wo der Gemeinderat gerade die Entscheidung fällt, die „Alte gräflich Leininger Mühle“ nicht zu kaufen. Die Polizei passt auf, dass es zwischen Bürgern und der benachbarten NPD nicht zu Auseinandersetzungen kommt. —FOTO: LINK

Diese Vorarbeit blieb der Öffentlichkeit verborgen. Aus gutem Grund, wie Reinhold Niederhöfer gestern sagte, denn man habe vor der NPD die Karten nicht offen legen wollen. Eine Gruppe von Bürgern der Initiative um Claudia Graszeck erhält heute Abend Gelegenheit zum Gespräch mit Gemeinde- und VG-Vertretern, in dem die Gründe für die Entscheidung dargelegt werden.

Die Sprecherin der Gruppe zeigte sich gestern enttäuscht über das Ergebnis der Beratungen, auf das mehrere

hundert Menschen vorgestern Abend auf dem „roten Platz“ in Kirchheim gewartet hatten. Transparente und begehrte Unterschriftenlisten zeigten, wie sehr sie darauf hofften, die Gemeinde möge per Vorkauf den Spuk der als rechtsextremistisch eingestufte Partei im Dorf beenden. Bereitwillig ließen sich viele auch vom Südwest-Fernsehen interviewen, gaben ihrer Sorge um die Jugend und um das „Restrisiko“, dass die NPD doch den Kaufpreis zahlt, Ausdruck. Viele plädierten dafür, das Geld für die geplan-

te Vereinshalle in die „Leininger Mühle“ zu stecken und dort einen Jugendraum einzurichten. Einige machten gar den Vorschlag, in der Bevölkerung dafür Geld zu sammeln.

Es gebe offenbar keinen Plan B, wenn die Rechnung der Gemeinde nicht aufgehe und der angebliche Bluff sich als ernst gemeint entpuppt, meinte Graszeck und kündigte an, die Unterschriftenaktion fortzuführen und die Möglichkeit eines Bürgerbegehrens zu prüfen, um den Ratsbeschluss rückgängig zu machen. (ww) —Südwest